

Schreiben Gerhard Schürers an Erich Honecker mit Überlegungen zum Volkswirtschaftsplan 1989

Die steigende Verschuldung führte dazu, dass der DDR in den 80er Jahren ein Wirtschafts- und Staatsbankrott drohte. Gerhard Schürer, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission (SPK), forderte in einem Schreiben an Generalsekretär Erich Honecker im April 1988 einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik der DDR.

Seit Beginn der 70er Jahre galt die "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" als "Markenzeichen des Sozialismus in der DDR" (Günter Mittag). Konkret waren damit umfangreiche sozialpolitische Maßnahmen wie neue Kindergartenplätze, bezahlter Mutterschutzzurlaub, Mietsubventionen, höhere Mindestlöhne und Renten, kürzere Arbeitszeiten für berufstätige Mütter und nicht zuletzt ein großangelegtes Wohnungsbauprogramm verbunden. Bezahlte wurde diese als "Hauptaufgabe" bezeichnete Ausrichtung der Wirtschaftspolitik allerdings mit dem rapiden Verschleiß des Produktionspotentials, ökologischem Raubbau, wachsenden Krediten und einer zu niedrigen Akkumulationsrate (Anteil der Investitionen am Nationaleinkommen) vor allem im produktiven Bereich. Infolgedessen stieg die Verschuldung nach innen und nach außen kontinuierlich an, bis in den 80er Jahren ein Wirtschafts- und Staatsbankrott drohte. Dass sich die DDR am Rand der Zahlungsunfähigkeit bewegte, war vor allem auf ihre Verschuldung gegenüber dem westlichen Ausland zurückzuführen.

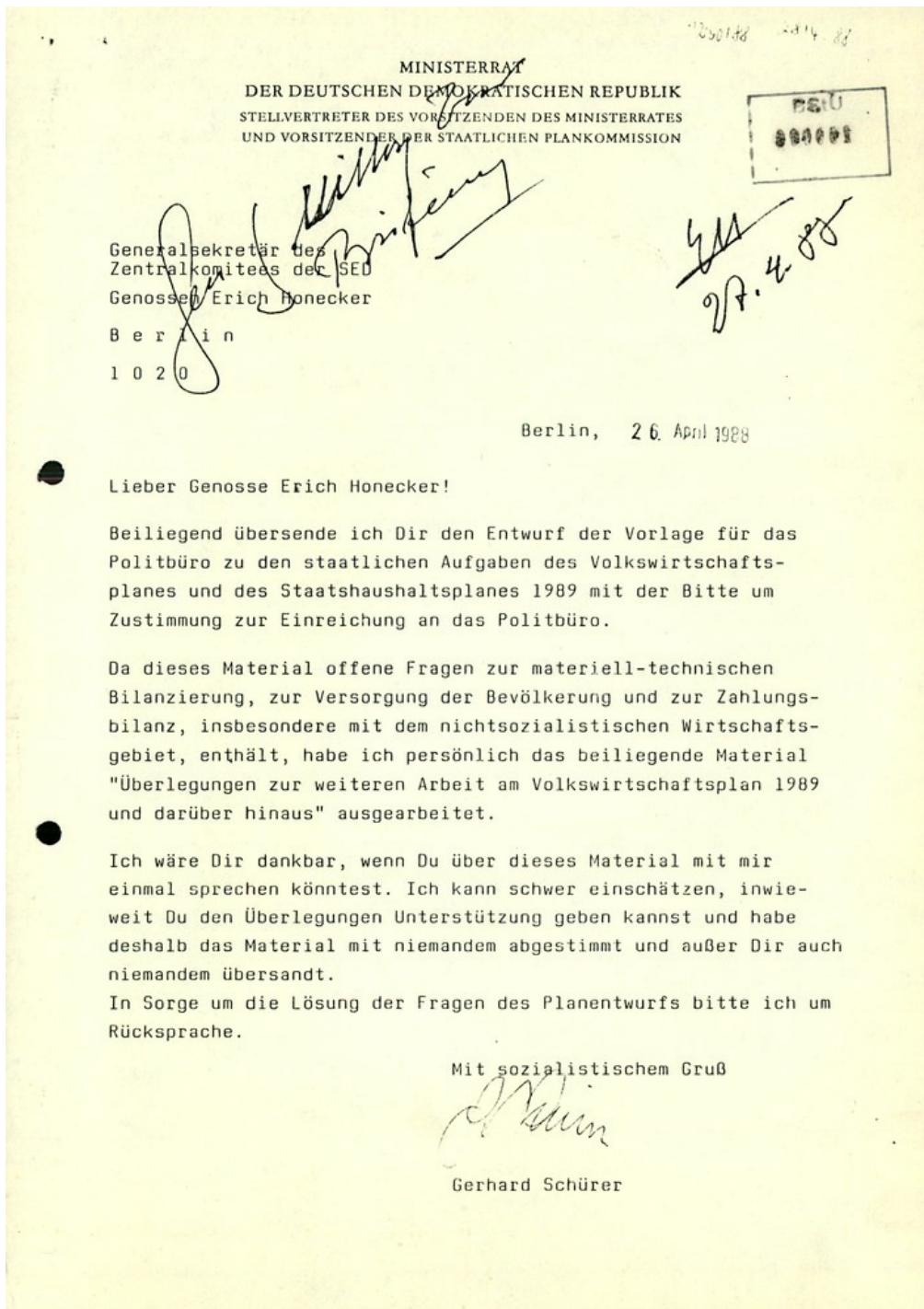
Der SED-Apparat befasste sich wie in jedem Jahr auch im Frühjahr 1988 mit dem Volkswirtschafts- und Staatshaushaltsplan für das folgende Jahr. Die Staatliche Plankommission (SPK) entwarf dazu eine Vorlage für das Politbüro. Doch etwas war ungewöhnlich: Am 26. April 1988 fügte der SPK-Vorsitzende und Kandidat des Politbüros Gerhard Schürer dem Entwurf ein Schreiben an Honecker persönlich bei, in dem er angesichts von Bilanzierungslücken und steigender Auslandsverschuldung in zweistelliger Milliardenhöhe gegenüber dem "Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet" (NSW) einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik forderte.

In dem Schreiben an SED-Generalsekretär Honecker zeichnet Planungschef Schürer ein kritisches Bild der Wirtschaftslage und macht verschiedene Vorschläge, um einen Wirtschafts- und Staatsbankrott abzuwenden. Um sich politisch gegen den Vorwurf der "Fraktionsbildung" abzusichern, weist Schürer abschließend darauf hin, dass es sich bei seinen Überlegungen und Vorschlägen "nicht um abgestimmte Maßnahmen [handelt], sondern um Gedanken, die der Erörterung bedürfen".

Signatur: BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 3374, Bl. 1-14

Metadaten

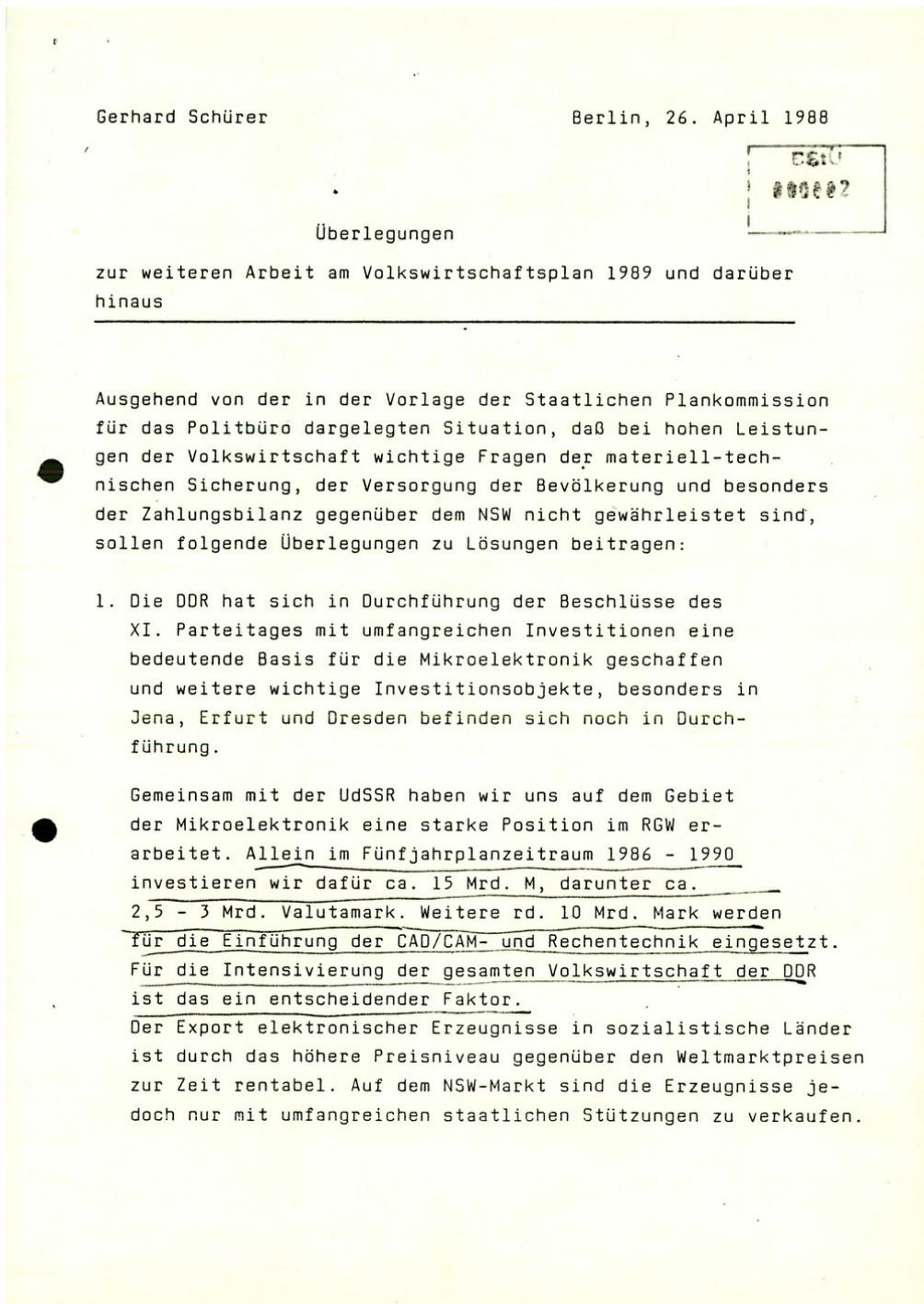
Diensteinheit: Gerhard Schürer Datum: 26.4.1988
Rechte: BStU

Schreiben Gerhard Schürers an Erich Honecker mit Überlegungen zum Volkswirtschaftsplan 1989

Signatur: BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 3374, Bl. 1-14

Blatt 1

Schreiben Gerhard Schürers an Erich Honecker mit Überlegungen zum Volkswirtschaftsplan 1989



Signatur: BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 3374, Bl. 1-14

Blatt 2

Schreiben Gerhard Schürers an Erich Honecker mit Überlegungen zum Volkswirtschaftsplan 1989

S&U
800003 2

Entsprechend der Grundthese, daß jetzt eine "Ehe" zwischen Elektronik und Maschinenbau entwickelt werden muß, wird eine große Chance darin gesehen, unsere Elektronik über Maschinenbauexporte auf den Weltmarkt zu bringen.

Das erfordert jedoch, solche Kombinate wie Werkzeugmaschinenbau, Textima, Polygraph, Nagema, Medizintechnik, Haushaltgeräte u. a., die Erzeugnisse mit hoher Exportrentabilität produzieren, ökonomisch zu stärken. Wir sollten die Mikroelektronik intensiv weiter entwickeln, modernisieren und durch Spezialisierung, insbesondere mit der UdSSR, die Kosten senken. Zunächst sollten aber keine weiteren neuen Betriebe gebaut, sondern mehr Akkumulationskraft auf die Kombinate des Verarbeitungsmaschinenbaus gerichtet werden, die große und effektive Absatzchancen haben und mit Ausnahme des Werkzeugmaschinenbaus zur Zeit kaum die einfache Reproduktion realisieren.

Auch auf dem Gebiet der Mikrobiologie müssen die Investitionsobjekte ökonomisch mit den Weltmarktbedingungen konfrontiert werden. Wir haben z. B. mit einem Aufwand von 1,6 Mrd. M in Schwedt eine Kapazität für 40 kt Futterhefe geschaffen, die wir jetzt aus ökonomischen Gründen nicht voll nutzen. Um 1 Tonne Futterhefe synthetisch herzustellen, werden im Nettoaufwand 2 kt Dieselkraftstoff benötigt und darüber hinaus Phosphorsäure, Energie und Lösungsmittel eingesetzt mit einem Wert von 960 VM pro Tonne Futterhefe. Der äquivalente Eiweißfuttermittelimport kostet jedoch pro Tonne nur 500 - 600 VM, d. h. mit Betreiben der Produktion müssen wir Valutaverluste in Kauf nehmen. Diese Entscheidung ist vor langer Zeit getroffen worden, aber wir müssen daraus Schlußfolgerungen ziehen.

So würde jetzt beim Aufbau einer Anlage für Lysin mit mehr als 1 Milliarde Aufwand das Lysin mit Kosten von rd. 60 M pro kg produziert. Der Importaufwand aus Japan beträgt dagegen zur Zeit 9 VM.

Schreiben Gerhard Schürers an Erich Honecker mit Überlegungen zum Volkswirtschaftsplan 1989

BSIÜ
800004

3

Für die Aufnahme der Produktion von Video-Recordern in der DDR wurde der Staatlichen Plankommission ein Vorschlag vorgelegt, nach dem mit einem Aufwand von 460 Mio M die Produktion in der DDR organisiert und pro Gerät ein Teileimport von 800 VM 1990, 500 VM 1991 und 400 VM 1992 erforderlich wird. Bei einem vollständigen Import von neuen Geräten würde der Aufwand 450 - 500 VM pro Gerät ausmachen. Wir arbeiten jetzt daran, eine Lösung in Kooperation mit der CSSR zu finden.

Unsere Schlußfolgerung muß sein, jedes Objekt, wie wichtig es auch ist, mit den harten ökonomischen Bedingungen des Weltmarktes zu konfrontieren. Nicht nur was, sondern vor allem mit welchen Kosten und Gewinn etwas produziert wird, ist zur entscheidenden Frage geworden. Wir sehen das als eine grundlegende Aufgabe für die Staatliche Plankommission und die Minister, die wir bisher nicht genügend wahrnommen haben.

2. Sowohl die Staatliche Plankommission wie jeder Minister und jeder Generaldirektor müssen nochmals gründlich alle Investitionen und Kapazitäten durcharbeiten in Richtung der Stärkung der Zulieferindustrie und zur Gewährleistung der Verflechtung bei Ablösung von Kapazitätsimporten aus dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet.

Die Kritik des ZK-Plenums an den unzureichenden Leistungen der Zulieferindustrie sowohl in der volkswirtschaftlichen Verflechtung wie auch innerhalb der Ministerien und Kominate ist voll berechtigt. Entscheidend ist, daß wir jetzt die ökonomischen und materiell-technischen Mittel finden, um diese Situation zu überwinden.

Es wird erforderlich sein, um dafür materielle Kräfte zu finden, erneut den Beginn großer Investitionsvorhaben zur Erweiterung der Produktion von Finalerzeugnissen zurückzustellen. Die Kontinuität der Produktion wird als größte

Schreiben Gerhard Schürers an Erich Honecker mit Überlegungen zum Volkswirtschaftsplan 1989

EStU
000005 4

Leistungsreserve betrachtet und wird das Arbeitsklima in der DDR weiter verbessern. Auch die umfangreichen Mehrbestände in der Volkswirtschaft haben ihre Ursachen meist in gestörten Kooperationsbeziehungen. Sie stellen brachliegendes Volksvermögen dar und belasten die Lagerwirtschaft und die Kosten. Die Fonds zur Lösung der Probleme können jedoch nicht durch zusätzliche Investitionsforderungen gefunden werden, sondern durch innere Umstrukturierung der Investitionen zugunsten von Vorhaben der Zulieferindustrie. Unter anderem müssen sie dadurch gefunden werden, daß die produktive Akkumulationskraft insgesamt weiter gestärkt und Objekte in anderen Bereichen zurückgestellt werden.

Dadurch müssen auch ökonomische und materielle Ressourcen gefunden werden, um für dringend herangereifte Fragen wie die Modernisierung der technischen Basis solche Gebiete schrittweise zu lösen, die gegenwärtig einen äußerst unrationellen Ersatzteilbedarf hervorrufen.

3. Ein bedeutender und ständig wachsender Teil unserer Akkumulationskraft ist zur Zeit mit der Realisierung umfassender Aufgaben auf dem Gebiet der Energiewirtschaft verbunden. Die Nutzung unserer eigenen Braunkohle ist und bleibt dabei der wichtigste Faktor. Obwohl sich die Aufwendungen für die Braunkohleförderung von 11,71 M pro Tonne im Jahre 1981 auf 21,-- M pro Tonne 1990 erhöhen und sich nach 1990 auf Grund der natürlichen Bedingungen und der notwendigen Überbaggerung von bebautem Gelände weiter verteuern, ist und bleibt das unsere kostengünstigste Energiequelle.
- Die Notwendigkeit der Überbaggerung stark bebauten Geländes sollte jedoch noch einmal intensiv geprüft werden.
- Die Ergänzung dieser Energiequelle durch die weitere Ausgestaltung der Atomenergie ist für die DDR unbedingt notwendig und die Atomkraftwerke Lubmin und Stendal sollten zügig weiter aufgebaut werden.

Schreiben Gerhard Schürers an Erich Honecker mit Überlegungen zum Volkswirtschaftsplan 1989

BStU
605006

5

Insgeamt müssen wir aber überlegen, wie noch mehr ökonomische Kraft für die rationelle Energieanwendung und die verlustarme Energieumwandlung und -übertragung aufgewendet werden kann. Dazu muß die Energiewirtschaft selbst Fonds freisetzen.

Zum Beispiel soll in der nächsten Zeit der Aufbau des Kernkraftwerkes IV und der Aufbau eines Pumpspeicherwerkes in Goldisthal beginnen, die mit 10 Jahren Bauzeit und Milliardenaufwand geplant werden müssen.

Die abgeschlossene Energievereinbarung mit der BRD ermöglicht der DDR ökonomisch günstige Lösungen der Deckung eines Teils des Spitzenbedarfs und ihrer Bezahlung mit Grundlastexport. Vielleicht kann dieser Weg weiter ausgebaut werden, um insbesondere den Aufbau eines Pumpspeicherwerkes in Goldisthal mit einem Aufwand von 6 - 7 Mrd. M überhaupt für einen längeren Zeitraum zurückstellen zu können. Zur sparsamen Verwendung von Energie sollten auch weitere ökonomische Maßnahmen in der Volkswirtschaft wirksam gemacht werden.

4. In Durchführung der Beschlüsse wurde in den letzten Jahren ein umfassendes Programm zur Ausgestaltung der Hauptstadt Berlin realisiert.

Allein im Zeitraum 1981 - 1988 wurden und werden durch Baukapazitäten der Bezirke in Berlin insgesamt rd. 12 Mrd. Bauinvestitionen durchgeführt.

Die Baukapazitäten in der Hauptstadt selbst konnten durch Bereitstellung von Technik und Ansiedlung von Arbeitskräften seit 1980 von rd. 2 Mrd. auf 3,3 Mrd. jährlich erhöht werden.

Aus den Bezirken arbeiten zur Zeit ständig 12 - 13 000 Bauarbeiter und Montagekräfte in Berlin. Außerdem werden durch zentralgeleitete Kombinate des Bauwesens jährlich ca. 1 Mrd.

Schreiben Gerhard Schürers an Erich Honecker mit Überlegungen zum Volkswirtschaftsplan 1989

6

ESTU
600027

Investitionen in Berlin realisiert, wozu weitere 6 - 7 000 Arbeitskräfte eingesetzt sind. Von insgesamt über 6 Mrd. Bauleistungen in Berlin 1988 sind dabei nur rd. 500 Mio für die Industrie eingesetzt.

Alle diese Maßnahmen sind mit umfangreichen Aufwendungen für die Unterbringung und Betreuung der Arbeitskräfte, für den Transport von Technik und Baumaterialien, von Prämierungen und Zusatzzahlungen verbunden. Allein die Mehraufwendungen für den Bauaufwand betragen 400 Mio M/Jahr und die zusätzlich zu transportierenden Mengen an Baustoffen und Bauelementen 2,5 Mio t/Jahr.

Für die Ansiedlung von ca. 20 - 25 000 Bürgern aus der DDR jährlich in Berlin müssen ca. 7 - 8 000 Wohnungen pro Jahr zur Verfügung gestellt werden, die nicht an die Berliner Bevölkerung verteilt werden können. Das sind 30 % des Wohnungsbau in Berlin.

Das Ansteigen von Dienstleistungs- und Verwaltungspersonal in Berlin ist verbunden mit einem Rückgang der Produktionsarbeiter in den Bezirken.

Dabei muß beachtet werden, daß Berlin jetzt durch die Wirkung umfangreicher Maßnahmen über eine solche eigene Reproduktionskraft der Bevölkerung verfügt, daß ein Zuwachs der Einwohner und ein Wachsen der Berufstätigen gewährleistet ist.

Bei voller Anerkennung der Richtigkeit der Beschlüsse zur Stärkung und Ausgestaltung der Hauptstadt Berlin wäre zu überlegen, die Rückführung der Baukapazitäten in die Bezirke mit dem Plan 1989 zu beginnen und bis Ende 1990 abzuschließen, wobei begonnene Vorhaben fertigzustellen sind.

Der Einsatz zentralgeleiteter Baukapazitäten in Berlin sollte insbesondere für produktive Industriebauten erfolgen.

In Berlin selbst würden dadurch bedeutende Unterkunfts- kapazitäten frei, Verkehrs- und Transportentlastungen wirksam und der Ansiedlungsaufwand könnte vermindert werden.

Schreiben Gerhard Schürers an Erich Honecker mit Überlegungen zum Volkswirtschaftsplan 1989

7 DSIU
003088

{ In den Bezirken könnten die Kapazitäten für dringende Vorhaben der produktiven Akkumulation, zur Weiterführung des Wohnungsbaus mit geringerem Aufwand und für solche Zwecke wie Entwicklung touristischer Leistungen, örtlicher Versorgungswirtschaft, Lagerwirtschaft sowie für Reparaturen und Erhaltungsarbeiten eingesetzt werden.

{ In diesem Zusammenhang wäre der zeitliche Ablauf der Eröffnung des neuen Wohnbaugebietes in Altglienicke, die mit hohen Vorausleistungen von Tiefbau (ca. 1 Mrd. M), Verkehrserschließung usw. verbunden ist, noch einmal zu prüfen.

● 5. Es sollte die Möglichkeit geprüft werden, für den Sonderbedarf I (bewaffnete Organe) ökonomische Fonds maximal in gleicher Höhe wie im Jahre 1988 bereitzustellen. Zur Zeit werden in den Unterlagen die im Fünfjahrplan für das Jahr 1989 bestätigten Mittel von den zuständigen Organen vertreten. Das würde eine Erhöhung von rd. 800 Mio M mit einer Steigerung von 5,4 % gegenüber 1988 erfordern. Insbesondere sollten die vorgesehenen Neubeginne bei Bauinvestitionen überprüft und 1989 nicht durchgeführt werden. Dadurch wäre eine Freisetzung von Investitionen im Umfang von 250 Mio, darunter 200 Mio Bauanteil, möglich.

● Der geplante Wohnungsbau des Sonderbedarfes sollte dabei in vollem Umfang durchgeführt werden. Bei speziellen Erzeugnissen aus der eigenen Produktion sollte das Wachstum der Bereitstellung von 150 Mio begrenzt werden und die geforderten Mittel für Preiskorrekturen beim speziellen Import sollten nicht bereitgestellt werden. Es wird für notwendig gehalten, dazu einen speziellen Auskunftsbericht vorzulegen.

Schreiben Gerhard Schürers an Erich Honecker mit Überlegungen zum Volkswirtschaftsplan 1989

8 ESTU 103689

6. Es wird für dringend notwendig gehalten, die schnell wachsenden Aufwendungen für die gesellschaftliche Konsumtion (1986 um 5,2 %, 1987 um 5,7 %) auf ein normales Wachstum von 1 - 2 % jährlich zurückzuführen und den Beginn neuer Investitionen im gesellschaftlichen Bereich zu überprüfen. Auch bei hoher Dynamik der Einnahmen des Staatshaushaltes steigen die Ausgaben zur Zeit noch schneller und können in den Vorausberechnungen zu 1989 in einem Umfang von 8 Mrd. M nicht gedeckt werden.

Die Aufwendungen für die Bevölkerung aus dem Staatshaushalt entwickeln sich schneller als das direkte Arbeitseinkommen der Arbeiter und Angestellten aus Leistungen.

Entsprechend dem Parteiprogramm soll sich "die Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Werk-tätigen auch weiterhin über das Arbeitseinkommen als wichtigster Einnahmequelle" vollziehen. Durch die schnelle Entwicklung der Einkommen aus gesellschaftlichen Fonds entwickelte sich jedoch der Anteil aus Berufstätigkeit von 54 % im Jahre 1985 gegenwärtig rückläufig auf 52 % 1990. Die Zuwendungen für die Bevölkerung aus dem Staatshaushalt für das Wohnungswesen, Preisstützungen, Tarife, Bildungswesen, Gesundheitswesen, Kultur, Sport und Erholung haben zur Zeit ein Entwicklungstempo von 5,4 % jährlich und liegen deutlich über dem Entwicklungstempo des Nationaleinkommens, des Warenfonds und des Lohnfonds.

Hinzu kommt, daß sich auch beim Arbeitseinkommen das Verhältnis von Produktivitätssteigerung zu Lohnerhöhung rückläufig entwickelt hat von 2,05 : 1 im Jahre 1985, 1,38 : 1 1986 bis zu 0,80 : 1 im Jahre 1987. Es wird deshalb notwendig sein, Maßnahmen zur Zurückstellung von Investitionen im gesellschaftlichen Bereich, zur Einsparung von Aufwendungen in der gesellschaftlichen Konsumtion und zur Erhöhung des Verhältnisses von Arbeitsproduktivität und Lohn sowie zur Erhöhung der Lohndisziplin und zur Begrenzung der Ausgabenentwicklung im Staatshaushalt auszuarbeiten.

Schreiben Gerhard Schürers an Erich Honecker mit Überlegungen zum Volkswirtschaftsplan 1989

9 ESU
639810

7. Die Überlegungen dieses Materials stehen im Zusammenhang mit der notwendigen Stärkung der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR. Im sozialistischen Wirtschaftsgebiet hat die DDR durch ihre Leistungskraft eine starke ökonomische Basis. Auf Grund des hohen wissenschaftlich-technischen Niveaus unserer Erzeugnisse müßten sowohl die UdSSR als auch andere Länder viele dieser Erzeugnisse in kapitalistischen Ländern kaufen, wenn wir sie nicht liefern würden. Wir müssen deshalb aus diesen Qualitätsvorteilen und dem Export von know-how und Software sowie anderen immateriellen Leistungen ökonomische Kraft gewinnen.

Diese Waren und Leistungen können auch in wachsendem Maße als Äquivalent zur Sicherung des Rohstoffimportes ohne Investitionsbeteiligung verhandelt werden.

Die DDR hat es im Zeitraum 1975 - 1985 möglich gemacht, den durch Preisexplosion auf den Weltmärkten bei Rohstoffen, insbesondere für Erdöl und Erdgas aus der UdSSR, entstandenen Minus-Saldo durch hohe Exportleistung abzubauen.

Der Import aus der UdSSR hat sich z. B. 1975 - 1985 auf 245 % erhöht, aber zu vergleichbaren Preisen nur auf 107 %. Von einem Gesamtimportvolumen von 260 Mrd. VGW in diesem Zeitraum waren 145 Mrd. VGW nur Preissteigerungen.

In unserem Export mußten wir das jedoch mit mehr Ware bezahlen. Die von uns dabei erzielten Preissteigerungen stehen in erster Linie im Zusammenhang mit der Erhöhung der Gebrauchswerte entsprechend dem wissenschaftlich-technischen Prozeß. Mit den Veränderungen der Erdöl- und Erdgaspreise im Import aus der UdSSR kommt die DDR schrittweise (entsprechend dem RGW-Preisbildungsprinzip) in eine günstige Lage und wird in den gegenwärtigen Handelsbeziehungen 1991 - 1995 von dieser neuen Basis ausgehen können.

Schreiben Gerhard Schürers an Erich Honecker mit Überlegungen zum Volkswirtschaftsplan 1989

10 ESTU 0011

Unsere Aufgabe ist es, aus diesen ökonomischen Veränderungen neue Kraft zu gewinnen für die weitere Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern und für die Abarbeitung von Verpflichtungen im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet.

Im Zusammenhang mit den vorher vorgeschlagenen Maßnahmen sollten wir vor allem die schrittweise Ablösung der Leistungsimporte aus sozialistischen Ländern anstreben. Diese sind mit einem hohen Aufwand pro Arbeitskraft (60 - 70 000 M/a) verbunden und allein die Leistungsimporte aus der VR Polen verlangen gegenwärtig zur Bezahlung einen Export von 1 Mrd. Ware pro Jahr.

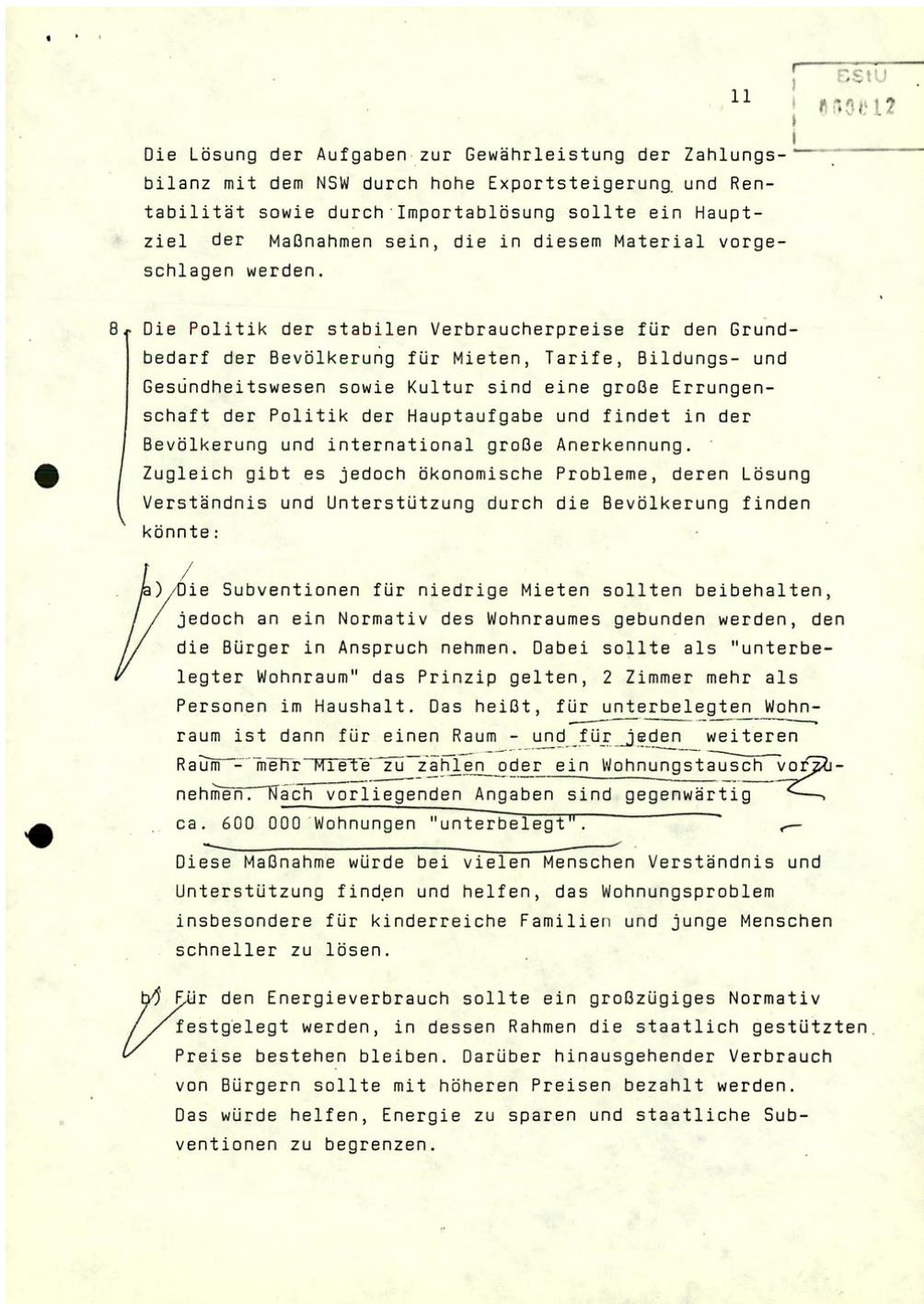
Im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet müssen durch Ausgestaltung der Exportstruktur, Erhöhung der Devisenrentabilität, hohe Dynamik im Export und durch Importablösung weitere Wege gegenüber den jetzigen Berechnungen der Zahlungsbilanz erschlossen werden.

Dazu ist eine prinzipielle Wende zum NSW-Export notwendig. Das Wachstum des NSW-Exports und seine Rentabilität muß in der Volkswirtschaft dauerhaft einen höheren Stellenwert erhalten. Besonders für die exportrentabelsten Erzeugnisse in der metallverarbeitenden Industrie ist ein kontinuierlicher Exportwachstum von Jahr zu Jahr Bedingung für die Lösung der Probleme der Zahlungsbilanz.

Der Maschinenbau und die Elektrotechnik müssen wieder mindestens einen NSW-Exportanteil von 30 % erreichen. Investitionen müssen in stärkerem Umfang zahlungsbilanzwirksam eingesetzt werden. Die Untersetzung des NSW-Exports mit absatzfähigen Waren muß mit Vorlauf gewährleistet werden.

Mit gleich hoher Rangigkeit sind Ablösemaßnahmen für den Import aus dem NSW durchzuführen. Das betrifft in besonderem Umfang diejenigen Importe, die zur Zeit wegen nicht ausreichender Kapazität der DDR als sogenannte Kapazitätsimporte durchgeführt werden müssen.

Schreiben Gerhard Schürers an Erich Honecker mit Überlegungen zum Volkswirtschaftsplan 1989



Schreiben Gerhard Schürers an Erich Honecker mit Überlegungen zum Volkswirtschaftsplan 1989

12 | ESTU
000813

c) Es sollte überlegt werden, die Subventionen auf den Gebieten zu beseitigen, die nicht mit der Gewährleistung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung verbunden sind, wie z. B. für Bungalows, Fertigteilhäuser, PKW-Anhänger, Ruder- und Falzboote, Fest- und Scherzartikel, Blumen und Zierpflanzen, Wildfleisch und Pilze sowie für Baumaterialien wie Zement, Dachbeläge, kleinformatige Baustoffe und Fliesen, Holzfenster, Bauholzerzeugnisse und Baukalk. Überprüft werden sollten auch die Preise bei Kleineisenwaren, die zu einem Hemmnis geworden sind für die Entwicklung der Produktion der "1000 kleinen Dinge".

Allein die Subventionen für Blumen und Zierpflanzen betragen z. B. rd. 450 Mio M im Jahr. Diese Maßnahme könnte verbunden werden mit einer Einschränkung des Kaufs von Blumen aus staatlichen Mitteln und einem höheren Angebot für den privaten Kauf durch die Bevölkerung.

b) Ein wachsendes Problem sind die Subventionen für Kindererzeugnisse und ihr steigender internationaler Abkauf. Trotz bedeutender Steigerung der Produktion und des Imports kann der Bedarf nicht befriedigt werden. Die Beseitigung der Subventionen von ca. 1,2 Mrd. jährlich wäre für die Volkswirtschaft der DDR und ihre Bürger von Vorteil, selbst wenn wir das Kindergeld um 1,5 Mrd. erhöhen würden.

9 Da in den letzten Jahren die Kaufkraft ständig schneller gewachsen ist als der Warenfonds, sollten auch noch Maßnahmen der Kaufkraftbindung geprüft werden.

a) Eine wichtige Maßnahme könnte sein, trotz der angespannten Zahlungsbilanz jährlich 50 Mio VM für den Import hochwertiger technischer Konsumgüter über die Steigerung des eigenen Angebotes hinaus einzusetzen, die auf dem Weltmarkt billig erworben und auf dem Binnenmarkt mit hohen Preisen verkauft werden können. Damit könnte

Schreiben Gerhard Schürers an Erich Honecker mit Überlegungen zum Volkswirtschaftsplan 1989

13 | ESTU
| 003614

jährlich eine Kaufkraft von 500 - 600 Mio abgeschöpft und das Angebot auf dem Binnenmarkt bereichert werden. Zum Beispiel würde ein Import von 40 000 Videogeräten ca. 20 Mio VM kosten und könnte im Inland Kaufkraft von 200 - 250 Mio M binden.

- b) Es sollte geprüft werden, ob Einzelhäuser und Villen aus dem staatlichen bzw. kommunalen Besitz in verstärktem Maße an die Nutzer verkauft werden.
Es ist zugleich notwendig, den Anteil der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften am Gesamtwohnungsbau, der gegenwärtig unter der Zielstellung des Parteitages liegt, weiter zu erhöhen (Zielstellung des Parteitages 42,5 - 45 %, bisher erreicht 34,6 %).
- c) Der Exquisithandel sollte weiter dynamisch entwickelt werden durch den Verkauf hochwertiger eigener DDR-Produkte und die Einbeziehung planmäßiger Importwaren in den Exquisithandel.

Bei allen vorgenannten Überlegungen und Vorschlägen handelt es sich nicht um abgestimmte Maßnahmen, sondern um Gedanken, die der Erörterung bedürfen.